



NR°1

Februar 2021

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Philipp Böhlen

## PARTEIPRÄSIDENTIN MIT KLAREM WERTEKOMPASS UND GROSSEM HERZEN

Sieben Jahre, zwei National- und Ständeratswahlen, ein Jahrhundert-Jubiläum, eine Organisationsreform, ein CD-Lifting, eine gestärkte politische Präsenz in den Kantonen, ungezählte Medienauftritte und Abstimmungskämpfe: Die Bilanz unserer scheidenden Parteipräsidentin Marianne Streiff ist nur schon in Zahlen beachtlich. Doch ihr Verdienst geht darüber hinaus. Inmitten blockierender Polarisierung, Wertebeliebigkeit und Erosion der politischen Mitte gelang es ihr, die Partei immer wieder zu einen und als authentische Wertepartei der Mitte zu positionieren. Eine Würdigung ihrer Weggefährten:

A.Z.B.  
3001 Bern



«Eine begnadete Vollblutpolitikerin von Format, souverän und magistral, gleichzeitig mit Herzblut und einem feinen Gespür für Ethik und Verantwortung – Marianne Streiff verkörpert für mich die EVP. Es braucht Persönlichkeiten wie sie, um das Vertrauen in die Politik zu stärken und sie tut dies mit ihrer aufrichtigen, wertschätzenden und achtsamen Art und ihrem konsequenten Einstehen für die Schwächeren.»

Lisette Müller-Jaag, alt Kantonsrätin



«Marianne hat es immer wieder geschafft die Partei zu einen und mit Verständnis für verschiedene Perspektiven und Haltungen den Fokus auf unsere grossen Gemeinsamkeiten zu lenken. So gewann die EVP unter ihrer Leitung an Profil und wird als starke Wertepartei im Einsatz für Mensch und Umwelt wahrgenommen. Als Präsidentin mit klarem Wertekompass und grossem Herzen für ihre Mitmenschen, gab Marianne unserer Partei ein authentisches Gesicht.»

Dominic Täubert, Co-Präsident \*jev



«Die Liebe zum Menschen und zur EVP gepaart mit Hoffnung, Zuversicht und Gottvertrauen zeichnete sie aus. Ich schätze ihre Wertschätzung gegenüber verschiedenen Meinungen in der EVP, dass sie immer präsent war und sich nicht vor Konflikten scheute! Als EVP-Vizepräsident danke ich Marianne von Herzen für ihr enormes Engagement und freue mich, dass Sie uns als Nationalrätin erhalten bleibt.»

Nik Gugger, Nationalrat

### RÜCKTRITT

4 - 5

Noch-Parteipräsidentin Marianne Streiffs persönliche Bilanz nach 7 Jahren Amtszeit im Interview.

### ERFOLG

9

Eine EVP-Motion fordert mehr Ressourcen für den Kampf gegen den Menschenhandel - der Nationalrat stimmt zu!

### REFERENDUM

11

Die Ehe für alle wurde inklusive Samenspende verabschiedet. Die EVP unterstützt das Referendum.

## EDITORIAL



### LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Covid-19 hat vieles im Griff und bestimmt unseren Alltag massgeblich. Auch parteiintern hat es Auswirkungen. So haben wir zum Beispiel den Wechsel des Präsidiums auf die Delegiertenversammlung im Juni verschoben, in der Hoffnung, dass wir uns dann endlich wieder einmal physisch treffen können.

Über die verordneten Massnahmen wird viel gestritten. Wie weit sollen die Einschränkungen gehen? Wie gehen wir mit den Menschen in Pflegeheimen um? Sind flächendeckende Tests die Lösung des Problems? Leider weiss man vieles erst im Nachhinein. Aber nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir alle uns jetzt solidarisch verhalten, durchhalten und die Massnahmen befolgen.

Was mich aber in der ganzen Corona-Thematik unter anderem sehr beschäftigt, war eine Meldung, dass sich die diagnostizierten Depressionen im Verlauf der Pandemie versechsfacht haben. Und auch sonst befinden sich viele Menschen in einem Stimmungstief. Woran kann das liegen? Ein Teil der Betroffenen leidet sicherlich unter beruflichen und finanziellen Existenzängsten. Viele, vor allem Jugendliche sagen aber auch, dass sie es nicht mehr aushalten, wenn sie die Kollegen nicht mehr treffen können und in ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Die Belastbarkeitsgrenze wird überschritten, wenn gewohntes Leben nicht mehr gelebt werden kann.

Das kann ein Zeichen dafür sein, dass Menschen kein Fundament oder Netz haben, welches sie in schwierigen Zeiten stützen oder auffangen kann. Oft fehlt auch eine persönliche Beziehung zu Gott. Auch die Familienstrukturen haben an Wert verloren. Beziehungen sind leider zu oft unverbindlich und oberflächlich. Wäre nicht gerade dies eine Chance für uns? Glaube, Hoffnung, Liebe sind zentral im Evangelium. Dies können wir vorleben in unseren Begegnungen und Äusserungen. Dankbarkeit zeigen für das, was wir haben, einander Zuversicht zusprechen und statt über die Entscheidungsträger zu schimpfen für sie beten. Das ist das, was wir als Christen und als EVP-Mitglieder tun können. Ich danke euch allen, dass ihr da mitmacht. Bleibt gesund und bhüet öich Gott.

Herzlich

*Marianne Weiff*

## IMPRESSUM

**AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**  
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch  
**Redaktion und Grafik:** Dirk Meisel (dm)  
**Adressen und Aboverwaltung:** Sara Schnegg

**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:**  
Nik Gugger, Elia Leiser, Dirk Meisel (dm), Philippe Messerli, Lisette Müller, Roman Rutz, Sara Schnegg (Lektorat), Michael Straub, Marianne Streiff, Barbara Streit-Stettler, Lilian Studer, Dominic Täubert  
**Herzlichen Dank an alle!**

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 19. September 2020 in Basel und vom 28. November 2020 online:

**BUNDESGESETZ ÜBER ELEKTRONISCHE IDENTIFIZIERUNGSDIENSTE (EID-GESETZ)** JA

**VOLKSINITIATIVE «JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT»** SFG\*  
\*Stimmfreigabe

**BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES UMFASSENDEN WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMENS ZWISCHEN DEN EFTA-STAATEN UND INDONESIEN** NEIN

## O-TON



Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, am 23. 12. 2020 auf [swissinfo.ch](http://swissinfo.ch) unter dem Titel: In der Schweiz formiert sich eine neue Mitte

«Fasst man die kantonalen Parlamentswahlen zusammen, bestätigt sich der Aufschwung der Grünliberalen. An zweiter Stelle folgt die GPS, an dritter die EVP resp. CVP. Die Verluste für SP, SVP und vor allem die FDP sind erheblich.

Man könnte das alles so interpretieren: Die grüne Welle mit flächendeckenden Gewinnen entsprechender Parteien hat sich 2020 etwas abgeflacht. Gestärkt wurde im Corona-Jahr vor allem die Mitte. In ebendieser Mitte bildet die CVP das bürgerliche Zentrum, die glp stellt den ökoliberalen Teil und die EVP repräsentiert den sozialkonservativen Flügel. Zusammen ergibt das einen interessanten Mix für eine neue Zentrums politik.»

## EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



@evppev



evppev

**ClimatePartner**  
**klimaneutral**  
Druck | ID: 53458-1410-1071



**Erst vor 50 Jahren!**

Stellen Sie sich vor, morgen wären in der Schweiz Wahlen und Sie dürften nicht daran teilnehmen. Noch vor knapp 50 Jahren war dies für Schweizerinnen Realität. Erst mit der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Februar 1971 wurde das Frauenstimmrecht eingeführt. Dieses Jahr feiern wir somit 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz.

Die Schweiz war europaweit eines der letzten Länder. Die nordischen Länder hatten es uns vorgemacht: Finnland war 1906 das erste europäische Land. Norwegen folgte 1913 vor Dänemark und den Niederlanden. Zeiten ohne dieses Recht sind heute fast unvorstellbar, bin ich selbst doch in ein Parlament mit einem historischen Frauenanteil von 42 Prozent gewählt worden.

Doch ein Bild blieb mir als junger Mensch haften: An der Landsgemeinde im Kanton Appenzell Innerrhoden vom 28. April 1991 nahmen erstmals Frauen teil – dies, nachdem das Bundesgericht entschieden hatte, Frauen bei kantonalen und kommunalen Angelegenheiten ab sofort zuzulassen.

Die Möglichkeit zu wählen und abzustimmen, konnte ich persönlich immer als selbstverständlich erleben. Umso dankbarer bin ich für all diejenigen, die sich unter nicht einfachen Bedingungen langjährig für dieses Recht einsetzen und zum notwendigen Bewusstseinswandel beigetragen haben.

**LILIAN STUDER,**  
NATIONALRÄTIN  
lilian.studer@parl.ch

**INNOVATIVE UND SICHERE LÖSUNG**

Am 7. März kommt das Referendum gegen das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste vors Volk. Kritiker des sogenannten E-ID-Gesetzes sorgen sich um den Datenschutz, weil für die Umsetzung private Anbieter vorgesehen sind. Gerade dies garantiere jedoch innovative, zukunftstaugliche und kundenfreundliche Lösungen, so die Befürworter. Die Delegierten der EVP Schweiz sagten an ihrer Online-Versammlung Ende November mit 41 zu 28 Stimmen bei 9 Enthaltungen Ja zum neuen E-ID-Gesetz.

Die elektronische ID soll ein staatlich anerkanntes Login schaffen, das es im Internet ermöglicht, eine Person eindeutig zu identifizieren. Dadurch sollen Transaktionen im Internet wie z.B. Online-Einkäufe, Bankdienstleistungen oder digitale Behördengänge massiv vereinfacht und sicherer gemacht werden.

Das vorliegende Gesetz sieht dabei eine Rollenteilung zwischen Staat und Privaten vor: Der Staat stellt klare und strenge Regeln für ein sicheres digitales Identifizierungsverfahren auf. Private Anbieter, sogenannte Identity-Provider, bieten dann die jeweils neueste technische Lösung an. Der Staat kontrolliert und beaufsichtigt wiederum die konkreten Anwendungen, die Anbietenden und den Vollzug.

Ich als Benutzer behalte dabei die Kontrolle über meine Daten, da diese nur mit meinem Einverständnis weitergegeben werden dürfen. Die E-ID-Anbieter werden zudem regelmässig von der unabhängigen Aufsichtsbehörde EICOM kontrolliert. Sowohl den Identity-Providern als auch den Online-Dienstleistern ist es verboten, die Daten ausserhalb des Identifizierungsprozesses weiterzugeben oder anderweitig zu nutzen. Die Daten über die Nutzung der E-ID dürfen ebenfalls nicht weitergegeben werden und müssen nach 6 Monaten wieder gelöscht werden. Alle Beteiligten unterliegen somit strengen Datenschutzaufgaben, Veruntreuungen stehen unter Strafe.

Der Staat lässt den Privaten Raum, schnell und flexibel auf technologische Entwicklungen zu reagieren und so innovative, kundenfreundliche und zukunftsfähige Anwendungslösungen zu finden.

Rein staatliche Lösungen haben in anderen Ländern nicht funktioniert. Die Schlagzeilen über staatliche IT-Projekte, die Millionenbeträge verschlingen, deren Lösungen dann aber dennoch nicht funktionieren oder – da ohne Konkurrenz am Markt – schnell technisch veralten, stehen einem auch in der Schweiz vor Augen. Es macht daher Sinn, die technologische Entwicklung denen zu überlassen, die darauf spezialisiert sind, während der Staat sich auf eine funktionierende



Foto: Andrew Neelon Unsplash

**Soll den sicheren elektronischen Geschäftsverkehr fördern: die E-ID.**

nieren oder – da ohne Konkurrenz am Markt – schnell technisch veralten, stehen einem auch in der Schweiz vor Augen. Es macht daher Sinn, die technologische Entwicklung denen zu überlassen, die darauf spezialisiert sind, während der Staat sich auf eine funktionierende

Aufsicht und Kontrolle konzentriert, um Missbräuche zu verhindern.

**NIK GUGGER,**  
NATIONALRAT EVP  
nik.gugger@parl.ch

**WAS SPRICHT DAFÜR?**

- **E-ID macht Internet einfacher und sicherer:** Eine staatlich geprüfte, fälschungssichere E-ID ermöglicht das Login bei vielen Online-Dienstleistern und macht viele Passwörter hinfällig.
- **Kontrolle über die eigenen Daten:** Der E-ID-Benutzer behält die Kontrolle über seine Daten. Er muss dessen Weitergabe genehmigen. Er sieht jederzeit, wer seine Daten in den letzten 6 Monaten erhalten hat und hat Zugang zu seinen Nutzungsdaten.
- **E-ID bringt die Digitalisierung voran:** Die E-ID fördert den sicheren elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Privaten und Behörden. Sie erleichtert den Ausbau der Dienste, die über virtuelle Schalter angeboten werden können. Die Nutzung von E-Government-Anwendungen könnte künftig vollständig elektronisch erfolgen.
- **Private Lösungen, staatlich kontrolliert:** Private Akteure entwickeln im Wettbewerb die kundenfreundlichste Lösung, der Staat kontrolliert und schützt vor Missbrauch.

## «AUF EINE MOTIVIERTE BASIS SETZEN ZU KÖNNEN, HAT MICH IMMER SEHR AUFGESTELLT!»

An der hoffentlich wieder physisch möglichen Delegiertenversammlung im Juni wird Marianne Streiff nach sieben Jahren den Stab der Parteipräsidentin in die Hände ihrer Nachfolge übergeben. Wie hat sie ihre Präsidentschaft erlebt, welche Höhepunkte und Herausforderungen prägten diese? Welche Visionen und Ziele hatte sie bei ihrem Antritt und was davon konnte erreicht werden? Und wo steht die EVP heute, da ihre Fraktionspartner zur Partei «Die Mitte» fusioniert sind? Ein persönlicher Rück- und Ausblick im Interview mit der scheidenden Parteipräsidentin.



**Marianne Streiff, 63**  
Nationalrätin und Parteipräsidentin EVP Schweiz

**Marianne, an der nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz wirst du die Präsidentschaft weitergeben. Weshalb gerade jetzt? Und: Bleibst Du unsere Nationalrätin für Bern oder trittst Du auch von diesem Mandat zurück?**

Seit 7 Jahren bin ich jetzt Präsidentin der EVP. Zweimal habe ich die Partei durch die nationalen Wahlen geführt. Da finde ich es nun an der Zeit, dass ein neues Gesicht rechtzeitig für den nächsten Wahlkampf bereit steht. Wir wollen zeigen, dass die EVP fit ist und fähige Leute in ihren Reihen hat. Diese Wahlen sind ja bereits in zwei-

einhalb Jahren und spätestens ein Jahr vorher beginnt dann der Wahlkampf. Um dafür bereit zu sein, ist es ideal, wenn die neue Führungsperson schon «gut im Sattel sitzt» und bei den Medien bekannt ist. Ausserdem freue ich mich, etwas mehr Zeit für meine Arbeit und meine Projekte im Nationalrat zu haben. Damit ist auch die zweite Frage beantwortet: Ich bleibe im Nationalrat.

**2014 wurdest du die erste Präsidentin in der Geschichte der EVP. In welchem Zustand hast du die EVP übernommen?**

Sie war damals eine rüstige und muntere 95-jährige mit einem reichem Erfahrungsschatz und Moti-

*«Als EVP sollen wir glaubwürdig sein und bleiben! Unsere Politik soll enkeltauglich sein und die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner im Fokus haben.»*

vation auf weitere spannende Lebensjahre. Es gab gewisse Strukturen und Gewohnheiten, die durchaus ein Update nötig hatten. Und auch etwas mehr Professionalität

konnte der Partei nicht schaden. Bei all meinen Antrittsbesuchen in den Regionen und Kantonen fiel mir dabei auf, wie engagiert, kreativ und oft sehr erfolgreich auf allen Ebenen gearbeitet und gekämpft wird. Auch der Drive der \*jev Schweiz mit ihren engagiert politisierenden Köpfen freute mich riesig. Auf eine motivierte Basis setzen zu können, das hat mich immer sehr aufgestellt!

**Du warst ja bereits vorher auf allen Ebenen politisch aktiv. Was änderte sich für dich persönlich, als du Parteipräsidentin wurdest?**

Ich fühlte eine grosse Verantwortung. Ich konnte mich nicht mehr nur für «meine» Themen einsetzen,

ich musste vor allem auch gegenüber den Medien das ganze Themenspektrum abdecken. Auch die ganze Breite unserer durchaus heterogenen Mitgliedschaft zu vertreten

und mich für gegenseitiges Verständnis einzusetzen, war und ist herausfordernd.

Als Parteipräsidentin konnte ich mehr gestalten, musste aber auch mehr den Kopf hinhalten, auch dann, wenn ich inhaltlich mal nicht ganz gleicher Meinung war.

**Was war deine Vision für die EVP? In welche Richtung wolltest du sie gestalten?**

Ich formulierte meine Ziele im April 2014 so: «Ich will Grundsätzliches anstossen und mich auf das Wesentliche konzentrieren. Die EVP muss als glaubwürdige Alternative in der Mitte stärker wahrgenommen werden. In sozial- und umweltpolitischen Themen eher links und in ethischen Wertefragen eher konservativ politisierend. Wir müssen uns klar mit einem geschärften Profil von den anderen Mitteparteien abheben. Als EVP sollen wir glaubwürdig sein und bleiben! Unsere Politik soll enkeltauglich sein und die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner im Fokus haben. Man soll uns wahrnehmen als politisch Engagierte, die einen Schritt weiterdenken und in



Kaum im Amt ging es im Juni 2014 darum, das Parteiprogramm zu revidieren. Hier mit dem damaligen Generalsekretär Joel Blunier.



Immer wieder im Fokus der Medien wie hier im Abstimmungskampf gegen die PID im März 2015.

## IM GESPRÄCH: DIE SCHEIDENDE PARTEIPRÄSIDENTIN MARIANNE STREIFF



Foto: zYg

**Im Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenwürde: Hier bei der Einreichung der Korrektur-Initiative gegen Waffenexporte im Juni 2019**

der Lage sind, langfristige Folgen von Entscheidungen abzuwägen». Das Prinzip «weniger ist mehr» war mir wichtig: Als kleine Partei sollen wir uns auf das für uns Wesentliche und Erfolgsversprechende fokussieren. Dabei suchen wir vorwärts gerichtete, möglichst pragmatische Lösungen. Unsere Werte dienen uns dabei als Wegweiser. Diese Werte wollte ich in klare, einfache und überprüfbare Begriffe fassen: Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde.

**Wenn du Bilanz ziehst: Was konnte in diesen sieben Jahren erreicht werden?**

Die Werte, von denen ich eben sprach, sind wie ein Leitbild in den Köpfen, Herzen und auf Papier festgeschrieben und sie werden in der Praxis auch angewendet.

Die Organisationsstrukturen der EVP haben wir verschlankt. Anstelle des Zentralvorstandes stehen jetzt der Parteivorstand und die Geschäftsleitung. Die Schlüsselstellen im Generalsekretariat sind mit professionell und kompetent arbeitenden Kader-

*«Speziell ist, dass wir nun als einzige Partei in der Bundesversammlung ein christliches Bekenntnis im Namen tragen. Darauf legen wir seit 100 Jahren sehr grossen Wert und ich denke, dass auf diesem Bekenntnis auch Segen liegt.»*

leuten besetzt. Das Erscheinungsbild samt Logo der EVP Schweiz erfuhr eine moderne Auffrischung und Vereinheitlichung. Wir werden als EVP im Rat, in den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wie kaum je zuvor. Das macht echt Freude und mich auch sehr dankbar.



Foto: Dirk Meisel

**und beim Frauenstreik im Gespräch mit Bundesrätin Viola Amherd und Nationalratspräsidentin Marina Carobbio Guscetti.**

**Was waren für dich persönlich die parteipolitischen und politischen Höhepunkte deiner Präsidentschaft und wie hast du sie erlebt?**  
Ein Highlight war sicher die 100-Jahr-Feier auf dem Gurten. Die klingt auch nach zwei Jahren noch bunt

**Gibt es Dinge, die du nach dem Rücktritt als Präsidentin nicht vermissen wirst?**

Nein. Ich habe dieses Amt mit Herzblut und Leidenschaft ausgeübt und werde es vermissen. Allen EVPlerinnen und EVPlern und den Mitarbeitenden auf dem Generalsekretariat danke ich bei dieser Gelegenheit für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es hat Spass gemacht mit Euch!

**Unsere Fraktionspartner CVP und BDP haben zum Jahresbeginn fusioniert. Viele fragen sich, was dies für die EVP bedeutet?**

Eigentlich wenig bis nichts. Wir sind weiter als eigenständige Partei mit einem klar eigenständigen Profil unterwegs. Speziell ist, dass wir nun als einzige Partei in der Schweizerischen Bundesversammlung ein christliches Bekenntnis im Namen tragen. Darauf legen wir seit 100 Jahren sehr grossen Wert und ich denke, dass auf diesem Bekenntnis auch Segen liegt.

**Wo siehst du die EVP Schweiz in fünf Jahren? Welche Schritte sollte sie in Angriff nehmen, um dorthin zu kommen?**

Es ist sicher nicht an mir, jetzt Zukunftsvisionen kundzutun und Ratschläge zu erteilen. Ich wünsche der EVP Schweiz weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen und meiner Nachfolge Gottes Segen und viel Freude in dieser Aufgabe.

.....  
**INTERVIEW: DIRK MEISEL,  
KOMMUNIKATION EVP CH**  
dirk.meisel@evppev.ch  
.....



Foto: Anil Zaugg

**«Was für eine grandiose Lob-, Preis- und Dankesparty!» - eine dankbare Parteipräsidentin feiert 2019 mit ihrer Basis 100 Jahre EVP.**

# FÜR SICHERE E-IDENTIFIZIERUNG UND GEGEN ZERSTÖRUNG DER ARTENVIELFALT

... Zum zweiten Mal musste Ende November eine Delegiertenversammlung der EVP Schweiz wegen der Covid-19-Pandemie digital durchgeführt werden. Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole zum E-ID-Gesetz und sagten Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien.

In ihrer Präsidentialansprache brachte Parteipräsidentin Marianne Streiff ihre Freude über die positive Entwicklung der EVP seit den letzten eidgenössischen Wahlen 2019 zum Ausdruck. So gehört die EVP im neusten SRG-Wahlbarometer zu den Parteien, die an Wählerstärke (+0,5 %) zulegen konnten. Auch in den kantonalen Wahlgängen zählt sie mit 6 Mandatsgewinnen zu den drei Gewinnern. Streiff rief die Delegierten dazu auf, angesichts ihres sichtbar fruchtbaren Engagements in diesem nun nicht nachzulassen. Mit 41 zu 28 Stimmen bei 9 Enthaltungen sagten die Delegierten Ja zum neuen E-ID-Gesetz. Der Staat gibt mit dem Gesetz klare und strenge Regeln für ein unkompliziertes, aber sicheres digitales Identifizie-

rungsverfahren vor. Anschliessend kontrolliert und beaufsichtigt er die konkreten Anwendungen, die Anbietenden und den Vollzug. Alle Beteiligten würden strengen Datenschutzauflagen unterliegen und dürften die Daten weder für andere Zwecke nutzen noch an Dritte weitergeben.

Zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien fassten die Delegierten mit 41 zu 31 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Nein-Parole. Die inakzeptablen Zollkonzessionen für Palmöl verstärken die unwiederbringliche Zerstörung der weltweit artenreichsten Regenwälder. Sie heizen die massiven Treibhausemissionen der Palmöl-Monokulturen zusätzlich an. Zudem mangelt es dem



Foto: Dirk Meisel

Eröffnet die digitale Delegiertenversammlung: Marianne Streiff.

Abkommen an wirksamen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstössen gegen Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz. Diese

liegen in Indonesien jedoch leider an der Tagesordnung. (dm)





Anzeige

**livenet.ch** Vernetzt, informiert, ermutigt engagierte Christen

**jesus.ch** Für am christlichen Glauben Interessierte

Folge uns auf Instagram und Facebook

 **Instagram**  
@livenet.ch | @jesus.ch

 **Facebook**  
[www.facebook.com/livenet.ch](https://www.facebook.com/livenet.ch)  
<https://www.facebook.com/www.jesus.ch>

# KEIN BILLIGES PALMÖL AUF KOSTEN VON MENSCH UND UMWELT VOR ORT UND IN DER SCHWEIZ

Am 7. März stimmen wir auch über das Referendum gegen das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien ab. Ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der boomenden Volkswirtschaft wäre sehr attraktiv. Doch die darin enthaltenen Vereinbarungen zur Produktion von Palmöl sind nicht nachhaltig. Die EVP-Delegierten fassten an ihrer Online-Versammlung Ende November mit 41 zu 31 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Nein-Parole.

Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien soll den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Handel mit Waren und Dienstleistungen verbessern. Eine Bevölkerung von mehr als 260 Millionen und einzelne Wachstumsprognosen, die Indonesien 2050 als viertgrösste Volkswirtschaft der Welt sehen, machen das südostasiatische Land zu einem sehr interessanten Absatzmarkt für die schweizerische Exportwirtschaft und ein umfassendes Handelsabkommen sehr wünschenswert.

Doch das ausgehandelte Abkommen bietet leider keine ausreichende Basis, um Indonesien effektiv zu einem Übergang zu einer nachhaltigen Palmölmirtschaft zu bewegen. Im Gegenteil: Es zementiert die menschen- und umweltverachtenden Produktionsverhältnisse sogar noch und kurbelt den Palmölverbrauch weiter an.

Palmöl ist bereits heute allgegenwärtig, sei es in unseren Lebensmitteln wie Margarine, Süssigkeiten oder Fertigprodukten, sei es chemisch verändert in Wachsmitteln, Seifen oder Kosmetika.

Und Indonesien ist inzwischen zum weltweit grössten Palmölproduzenten der Welt aufgestiegen (80 Prozent der Weltproduktion zusammen

mit Malaysia). Die dafür angelegten Palmöl-Monokulturen nehmen bereits heute viermal die Fläche der Schweiz ein – und zerstören durch grossflächiges Roden oder Abbrennen der Urwälder einen der artenreichsten Regenwälder der Welt für immer. Mehr als 80 Prozent der Plantagen verstossen gegen das eigene Nachhaltigkeitslabel Indonesiens. Auch an dem Label, das für den Import in die Schweiz als Grundlage dienen soll, bestehen erhebliche Zweifel (RSPO, Roundtable on Sustainable Palm Oil). Kommt noch hinzu, dass das Abkommen keine Kontrollmechanismen oder Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstössen gegen Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz enthält und somit keinerlei Verbindlichkeit einfordert.

Verstösse gegen die Menschen- und Arbeitsrechte wie Zwangsarbeit oder Kinderarbeit sind allgegenwärtig, die Arbeitsbedingungen miserabel. Hochgiftige Pestizide wie Paraquat und Atrazin – in Europa notabene verboten – kommen in den Monokulturen grossflächig zum Einsatz. Zusammen mit den Ausgaben für Kunstdünger machen sie 60 (!) Prozent der Produktionskosten aus. Die bäuerlichen Lebensgrundlagen werden zerstört, Landraub und Vertreibung von

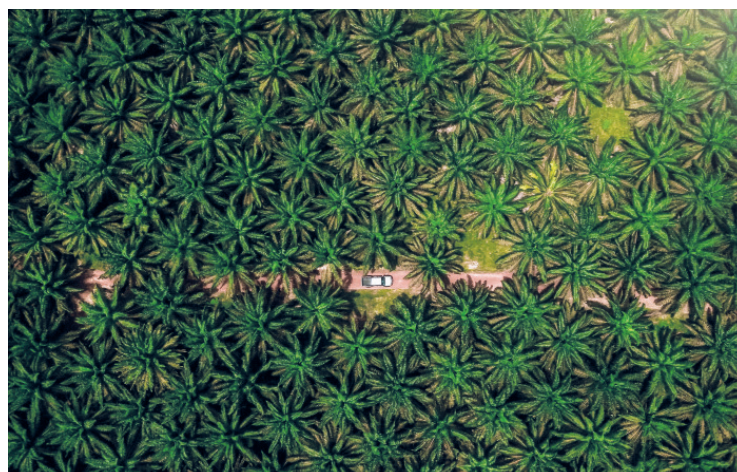


Foto: Nazarizal Mohammad on Unsplash

## Zerstören den Regenwald unwiederbringlich: Palmölplantagen.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Indigenen sind Alltag. Hier in der Schweiz konkurrieren die ausgehandelten Palmölkontingente zudem die einheimische Ölsaatenproduktion wie Raps oder Sonnenblumenöl, da Palmöl billiger und vier- bis siebenmal ertragreicher

ist – auf Kosten von Mensch und Umwelt vor Ort.

**LILIAN STUDER**  
NATIONALRÄTIN EVP  
[lilian.studer@parl.ch](mailto:lilian.studer@parl.ch)

## TERMINE 2020

- 01.03. - 19.03.** Frühjahrsession des eidgenössischen Parlaments
- 07.03.** Eidgenössische Volksabstimmung
- 19.03.** Parteikonferenz, Format offen
- 20.03.** 102. ordentliche Delegiertenversammlung, online
- 26.03.** Club-1000-Anlass, **verschoben: 07.05. !**

## WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Kein Übergang zu nachhaltiger Palmölmirtschaft:** Das Abkommen zementiert stattdessen die menschen- und umweltverachtenden Produktionsverhältnisse vor Ort.
- **Keine Biodiversität und Klimaschutz:** Die Monokulturen zerstören durch Roden und Abbrennen einen der artenreichsten Regenwälder der Welt unwiederbringlich.
- **Nachhaltigkeit nicht ernst genommen:** 80% der Plantagen in Indonesien verstossen gegen das eigene Nachhaltigkeitslabel. Auch an dem mit der Schweiz vereinbarten Label bestehen erhebliche Zweifel.
- **Keine Menschen- und Arbeitsrechte:** Verstösse gegen die Menschen- und Arbeitsrechte wie Zwangsarbeit oder Kinderarbeit sind in Indonesien an der Tagesordnung. Hochgiftige, bei uns verbotene Pestizide kommen dort grossflächig zum Einsatz.
- **Keine Kontrolle und Sanktionierung:** Das Abkommen beinhaltet keine Kontrollmechanismen und Sanktionierungsmöglichkeiten.
- **Wettbewerbsverzerrung in der Schweiz:** Die ausgehandelten Palmölkontingente konkurrieren die einheimische Ölsaatenproduktion auf Kosten von Mensch und Umwelt vor Ort.

# FREMDENFINDLICHE SYMBOLPOLITIK ODER KAMPF FÜR DIE GRUNDRECHTE DER FRAU?

Am 7. März entscheidet das Schweizer Stimmvolk auch über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Das Verfassungsverbot ist heiss umstritten. Die einen sehen darin fremdenfeindliche SVP-Symbolpolitik, die anderen verteidigen die Grundrechte der Frau. \*jevpc-Co-Präsident Dominic Täubert und EVP-Präsidentin Marianne Streiff legen ihre Positionen dar. An ihrer DV Mitte September in Basel erteilten die Delegierten der EVP nach entsprechender Debatte und knappem Parolen-Entscheid auf Antrag schliesslich grossmehrheitlich Stimmfreigabe.



**Marianne Streiff,**  
Nationalrätin und  
Parteipräsidentin EVP Schweiz

Ja, die Gegner der Initiative haben Recht: Von einer Burka tragenden Frau geht in den seltensten Fällen eine Bedrohung der Sicherheit aus. Es geht aber nicht in erster Linie um Sicherheit, sondern um eine Frage der Gleichberechtigung und der Übereinstimmung mit den Werten und der Kultur unserer westlichen Gesellschaft. In unserer Kultur sind Männer und Frauen gleichgestellt, hier begegnen sich Menschen im öffentlichen Raum mit unverhülltem Gesicht. Die Burka ist ein absolut frauenverachtendes Kleidungsstück. Das Tragen der Burka hat auch

nichts mit Religion zu tun. Burka und Niqab wurden bereits 2010 vom obersten Islamgelehrten Ägyptens, Scheich Muhammad Tantawi, als «unislamisch» bezeichnet. Sie sind vielmehr ein Banner des politischen Islams und ein Zeichen der Unterdrückung. Wer beispielsweise im Iran den Schleier auszieht, riskiert Gefängnis und Folter.

Frauen, die Burka tragen müssen, werden ihrer Grundrechte beraubt, zum Beispiel der Freiheit der Unabhängigkeit oder des Zugangs zur Gesellschaft. Diese Diskriminierung aufgrund des Geschlechts widerspricht unseren verfassungsmässigen Zielen der Gleichstellung von Männern und Frauen. Sie steht auch im krassen Widerspruch zu den Forderungen der Frauen während des Frauenstreiks.

Ich wünsche, wir könnten die Initiative ablehnen und diese wichtigen Anliegen der Frauen auf Gesetzesebene regeln. Der Gegenvorschlag ist aber leider zu wenig griffig. Deshalb setze ich vor alle anderen Überlegungen meine Priorität auf die Grundrechte der Frauen und sage Ja.

21 bis maximal 37 Nikab-Trägerinnen und keine einzige Burka-Trägerin leben gemäss einer kürzlich publizierten Studie der Universität Luzern in der Schweiz. Diese Zahlen zeigen bereits, wie absurd es wäre, für zwei bis drei Dutzend einheimische Fälle die Verfassung zu ändern. Noch wichtiger sind die Erkenntnisse über die Motive hinter diesen Fällen: Sowohl in der Schweiz, als auch in anderen Nachbarländern, zeigt sich, dass Nikab-Trägerinnen sich freiwillig als Ausdruck ihres Glaubens verschleiern und nicht, weil ein Mann sie dazu drängt. Auch die Unterstellung, dass es sich bei diesen Frauen oder ihrem Umfeld um einen extremistischen Islam handle, wird von der Forschung als unbegründet beschrieben.

So stellt sich die Frage, weshalb ein solch kleines Problem – welches in erster Linie daraus besteht, dass uns etwas unbehaglich zumute ist, wenn wir einem verhüllten Gesicht begegnen – zur Volksinitiative wird? Eine Antwort gibt der Absender der Initiative: Die SVP und das «Egerkingen Komitee» bespielen immer wieder fremdenfeindliche Themen, um



**Dominic Täubert,**  
Co-Präsident \*jevpc Schweiz,  
Soziologiestudent

von der Erschaffung eines Feindbildes politisch profitieren zu können. Lassen wir uns nicht vor den Karren spannen. Extremismus bekämpft man nicht mit Symbolpolitik in der Bundesverfassung. Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments ist ausreichend. Deshalb sage ich Nein zur Symbolpolitik der SVP.

## WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Grundrechte der Frau schützen:** Betroffene Frauen werden ihrer Grundrechte und ihrer Unabhängigkeit beraubt. Diese Geschlechterdiskriminierung steht im Widerspruch zur verfassungsmässigen Gleichstellung von Mann und Frau.
- **Werte und Kultur unserer Gesellschaft einfordern:** Die Burka ist kein religiöses, sondern ein Symbol des politischen Islams. In der Schweiz sind Frauen und Männer gleichgestellt und die Menschen begegnen sich in der Öffentlichkeit mit unverhülltem Gesicht. Dies gilt es einzufordern.
- **Verbot ist verhältnismässig:** Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hält das Verhüllungsverbot für verhältnismässig und gerechtfertigt sowie für im Einklang mit Meinungs- und Religionsfreiheit.

## WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Geltendes Recht genügt:** Das geltende Recht gibt bereits konkrete Antworten mit Blick auf die berechtigte Sorgen um die Integration und die Unvereinbarkeit radikaler islamischer Strömungen mit Schweizer Werten. Ein generelles Verbot auf Bundesebene und in der Verfassung hätte somit vor allem symbolische Bedeutung.
- **Verfassungsstufe unverhältnismässig:** Die Zahl der Frauen in der Schweiz mit Vollverschleierung ist äusserst gering. Sie stellen keine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.
- **Fremdenfeindliche Initiative:** Die Initiative hat diskriminierende Beweggründe. Sie will ein spezifisches Kleidungsstück einer bestimmten religiösen Minderheit verbieten und verleumdet diese damit.



## NATIONALRAT NIMMT EVP-MOTION FÜR MEHR RESSOURCEN GEGEN MENSCHENHANDEL AN!

Der Nationalrat beauftragt den Bundesrat, den Kantonen umgehend mehr Mittel für die effektive Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung zur Verfügung zu stellen. Er hat eine entsprechende Motion von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff in der Wintersession 2020 mit 108 zu 76 Stimmen angenommen.

Gerade die spezialisierte Strafverfolgung von Menschenhandelsdelikten und Ausbeutung ist sehr komplex sowie zeitlich und personell enorm aufwändig. Kantone mit z. B. kleinen Polizeikörpern können die für eine effektive Strafverfolgung notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für einschlägige Spezialisten bei Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft oftmals nicht oder nicht in ausreichendem Masse selbst aufbringen. Deshalb bedarf es umgehend flankierender Mittel des Bundes, damit die mit dem Nationalen Aktionsplan verfolgten Ziele in der Strafverfolgung auch erreicht werden können.

«Ein Staatsanwalt eines kleinen oder mittleren Kantons kann pro Jahr maximal einen mittelgrossen Fall von

Arbeitsausbeutung aufnehmen, obwohl ihm mitunter weitaus mehr Baustellen bekannt sind, bei denen man wahrscheinlich erfolgreich eine Kontrolle durchführen könnte. Es braucht hier auf Seiten der Polizei und der Staatsanwaltschaft Spezialistinnen und Spezialisten, die wirklich die Kapazitäten haben, sich der Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung zu widmen, und die nicht noch hundert andere Aufgaben zu bewältigen haben», appellierte Marianne Streiff in ihrem Votum vor dem Rat.

Die vom Bund zur Verhütung von Straftaten zur Verfügung gestellten Mittel finanzieren zwar durchaus sinnvolle Sensibilisierungskampagnen der NGOs. Sie fliessen jedoch kaum in die Ermittlungskapazitäten

TOTAL / TOTALE	
Ja / Oui / Si / Gea	108
Nein / Non / No / Na	76
Enth. / Abst. / Ast. / Abst.	2

Foto: zVg

**Eine parlamentarische Seltenheit: Eine deutliche Mehrheit nahm die Motion an!**

der Strafverfolgungsbehörden. Auch die meist koordinierende oder analytische Unterstützung des Bundes löst das Kernproblem der man-

gelnden finanziellen Ressourcen und des fehlenden Spezial-Know-hows in den Kantonen mitnichten. Die Motion geht nun in den Ständerat. (dm)

**GUTE VORSÄTZE!  
SCHLECHTES GEWISSEN?  
HILFE NAHT.**

**WWW.DOPPELPUNKT.CH**

Seit 1925. Das Wochenmagazin mit relevantem Journalismus für ein sinnstiftendes Leben.  
Jetzt den Doppelpunkt kostenlos und völlig unverbindlich kennenlernen!

Anzeige

## KANTON SOLOTHURN



# MIT REKORD AM START!

Mit 52 Kandidatinnen und Kandidaten (ein Rekord!) und einer eigenen \*jev-Liste in der Amtei Olten-Gösgen tritt die EVP im März bei den Solothurner Kantonsratswahlen an. Ziel ist es, den Sitz von André Wyss zu verteidigen und einen dazu zu gewinnen. Nach den letzten Wahlen hat sich der Vorstand neu zusammengestellt und die leidenschaftliche Arbeit soll sich jetzt ausbezahlen. In der vergangenen Legislatur setzte André Wyss bei Finanz-, Familien- und Menschen-

rechtsthemen Akzente und war u.a. massgeblich am Kompromiss zur Steuervorlage beteiligt. Da es keinen normalen Wahlkampf geben wird, liegt der Fokus noch mehr auf der Mobilisierung im persönlichen Umfeld. Falls Sie Menschen im Kanton Solothurn kennen, motivieren Sie sie doch am 7. März die EVP zu wählen!

**ELIA LEISER, PRÄSIDENT  
EVP KANTON SOLOTHURN**  
[info@elialeiser.ch](mailto:info@elialeiser.ch)



André Wyss (bisher), Nathan Graf, Elia Leiser

## KANTON BERN



# INTEGRATIONSFIGUR

Nach 15 Jahren Engagement ist die Lysser EVP-Grossrätin Christine Schnegg per Ende 2020 aus dem Berner Kantonsparlament zurückgetreten. Sie führte seit 2012 die dortige EVP-Grossratsfraktion mit viel Herzblut und Umsicht. Mit ihrer aussergewöhnlichen Persönlichkeit wirkte sie auch über die Fraktionsgrenzen hinweg als Integrationsfigur. Zu ihren politischen Steckepferden gehörten die Gesundheits- und Sozialpolitik. Als Grossrätin hat sie die Familienpolitik im

Kanton Bern massgebend mitgeprägt. 2013 wurde sie zudem als erste Frau Präsidentin der EVP Kanton Bern, ein Amt, das sie auch nach ihrem Rücktritt aus dem Rat ausüben wird.

Ihr Nachfolger im Rat ist der 51-jährige Nidauer Gemeinderat Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer der EVP Kanton Bern.

**PHILIPPE MESSERLI, CO-GESCHÄFTSFÜHRER EVP KT. BERN**  
[philippe.messerli@evp-be.ch](mailto:philippe.messerli@evp-be.ch)



Christine Schnegg



Philippe Messerli

## KANTON GRAUBÜNDEN



# GLANZVOLLE WAHL

Die EVP Davos gratuliert Christian Thomann zu seiner glanzvollen Wahl zum Präsidenten des Davoser Parlaments für das Amtsjahr 2021. Thomann wurde einstimmig bei einer Enthaltung gewählt und kann dieses Resultat als Vertrauensbeweis und Erfolg seiner achtjährigen Arbeit in der Legislative verbuchen. In seiner Laudatio wies alt Nationalrat Heiner Studer auf die noch junge Geschichte der EVP in Graubünden und Davos hin. Christian Thomann vertritt die EVP seit 2013 im Davoser

Parlament. Er war bislang Mitglied der Raumplanungskommission und der Geschäftsprüfungskommission. Als herausragend unter seinen bisherigen parlamentarischen Aktivitäten erwies sich sein Anstoss zur Totalrevision der Davoser Verfassung, die im vergangenen Jahr in neuem Kleid und nach erfolgreicher Volksabstimmung in Kraft trat.

**MICHAEL STRAUB,  
EVP GRAUBÜNDEN**  
[info@evp-gr.ch](mailto:info@evp-gr.ch)



Neuer Parlamentspräsident: Christian Thomann mit Heiner Studer

## EVP FRAUEN SCHWEIZ

# WEIL ICH ES WERT BIN!

Mit dem «Spagat der Frauen zwischen Hingabe und sozialer Sicherheit» greift die EVP-Frauentagung 2021 ein Thema auf, das auf dem Sorgenbarometer der Schweizer Frauen weit oben steht. Die Impuls- und Vernetzungstagung in Aarau wird am Samstag, 5. Juni 2021, nachgeholt, nachdem sie 2020 wegen Corona hatte abgesagt werden müssen. Kernstück bildet ein Planspiel, das eine Ratsdebatte zum Thema simuliert. Die Teilnehmerinnen tauchen fiktiv in die parlamen-

tarische Arbeit ein und diskutieren in zugeschriebenen Rollen Strategien und konkrete Vorschläge. Referate zum 1x1 der sozialen Sicherheit und zur Care-Arbeit legen zuvor die Grundlagen für die Debatte.

Falls die Tagung bis dahin nicht physisch möglich ist, wird sie virtuell durchgeführt. Infos und Anmeldung: [www.evppev.ch/Frauentagung](http://www.evppev.ch/Frauentagung)

**BARBARA STREIT-STETTLER  
EVP-GROSSRÄTIN BERN**  
[barbara.streit@evp-bern.ch](mailto:barbara.streit@evp-bern.ch)



Die Vernetzungstagung der EVP Frauen findet in jedem Fall statt.

Referendum gegen die Ehe für alle inklusive Samenspende  
**Jetzt selbst unterschreiben und im Umfeld Unterschriften sammeln!**  
 Unterschriftenbogen bitte bis 31. März retour!

# REFERENDUM GEGEN DIE AUSWEITUNG DER SAMENSPENDE FÜR LESBISCHE PAARE

Mit 136 zu 48 Stimmen bei 9 Enthaltungen hat sich der Nationalrat nach mehrjähriger Diskussion in der Wintersession 2020 für die «Ehe für alle» inklusive der Samenspende für lesbische Paare ausgesprochen. Der Ständerat tat es ihm mit 24 zu 11 Stimmen bei 7 Enthaltungen gleich. Die Referendumsfrist läuft nun bis am 10. April 2021. Zwei Komitees mit sich ergänzenden Argumentationsschwerpunkten sammeln Unterschriften gegen das Gesetz. Die EVP unterstützt das Komitee, das sich vor allem gegen die unreflektierte und verfassungswidrige Ausweitung der Fortpflanzungsmedizin stellt.

Bis zuletzt umstritten blieb die Frage der Verfassungsmässigkeit der Vorlage. Noch 2013, bei der Einreichung des Vorstosses «Ehe für alle» im Nationalrat, schlug die glp-Fraktion eine Verfassungsänderung vor, um die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu legalisieren.

### Verfassung umgangen

Da bei einer Verfassungsänderung zwingend das Volk und die Stände zustimmen müssen, verabschiedeten sich jedoch die befürwortenden Kreise schliesslich wieder von dieser Idee und boxten die Einführung lediglich mit einer Gesetzesänderung durch, ohne die Verfassung anzupassen – dafür aber inklusive Zugang zur Samenspende für lesbische Paare. Art. 119 Abs. c der Bundesverfassung regelt klar, dass die Methoden der Fortpflanzungsmedizin nur bei Unfruchtbarkeit (franz. «stérilité») sowie bei der Gefahr von übertragbaren Krankheiten angewendet werden dürfen. Die Fortpflanzungsmedizin sollte also zu jedem Zeitpunkt ganz bewusst nur als «ultima ratio» angewendet werden, als allerletzte Option. Sie sollte keinesfalls grundsätzlich zur Verfügung stehen.

### Weitreichende Konsequenzen

Mit der vorliegenden Gesetzesänderung wird nun der Begriff «Sterilität» von «Fortpflanzungsunfähigkeit» in «unerfüllter Kinderwunsch» umgedeutet, was deutlich von der ursprünglichen Meinung der Verfassung abweicht und weitreichende Konsequenzen hat. Da die Fortpflanzungsmedizin künftig für lesbische Paare zugänglich sein soll, stehen bereits die Forderungen von schwulen Paaren im Raum, die sich ebenfalls auf ihren «unerfüllten Kinderwunsch» berufen und die Legalisierung von Eizellenspende und Leihmutterschaft fordern.

### Rechte der ungeborenen Kinder

Die EVP hat die Themen rund um die Fortpflanzungsmedizin schon immer kritisch begleitet. Denn eines ist klar: Wo künstlich eingegriffen wird, sind ethische Fragen zu klären und die Rechte der ungeborenen Kinder zu berücksichtigen. Es ist nur die eine Seite der Medaille, wenn zwei sich liebende Menschen zivilrechtlich die Ehe eingehen wollen, um ihre Partnerschaft auf eine verbindliche rechtliche Basis zu stellen. Kommen jedoch die Methoden der Fortpflanzungsmedizin hinzu, hat dies Konsequenzen für die ungeborenen Kinder und berührt deren Rechte etwa auf einen Vater und eine Mutter oder im Hinblick auf eine unbeschadete Identitätsentwicklung.

Die EVP ist mit Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff Teil des parlamentarischen Komitees «Nein zur Ausweitung der Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare» und unterstützt das Referendum.

### Ihre Unterstützung zählt

Wer das Referendum ebenfalls unterstützen möchte, kann den beiliegenden Unterschriftenbogen unterzeichnen sowie weitere Unterschriften sammeln und den Bogen möglichst bald an die angegebene Adresse senden.

Weitere Bögen finden Sie unter: [www.nein-zur-samenspende-für-gleichgeschlechtliche-paare.ch](http://www.nein-zur-samenspende-für-gleichgeschlechtliche-paare.ch)

Die beiden Komitees mit ihren sich ergänzenden Schwerpunkten in den Argumenten sammeln mit je einem eigenen Sammelbogen Unterschriften. Bitte unterschreiben Sie nur einen der beiden Bögen, da die Unterschriften zusammengezählt werden und sonst eine Ihrer Unterschriften wieder gestrichen werden muss.



Bei der Ehe für alle inklusive Samenspende geht es auch um die Rechte der ungeborenen Kinder.

## WAS SPRICHT DAGEGEN?

### Die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare:

- **führt zu gesetzlich vorgesehener Vaterlosigkeit:** Kinder haben ein Recht auf Vater und Mutter. Bei der Fremdsamenspende durch gleichgeschlechtliche Paare wird der Vater des Kindes vorsätzlich gesetzlich aussen vor gelassen.
- **führt zu Identitätsproblemen für die Kinder:** Die Auswirkungen einer faktischen Vaterlosigkeit verbunden mit dem Recht, seine biologische Identität nur wissen zu dürfen, sind für die Identitätsfindung von Kindern problematisch. Sie werden jedoch mit der Gesetzesänderung zum gesetzlichen Regelfall.

Das Kind steht in der Regel vor der brutalen Realität, dass es bei Volljährigkeit den Namen seines biologischen Vaters zwar wissen darf, dieser jedoch nichts von ihm wissen will.

- **führt zu neuer Diskriminierung und Ausweitung der Fortpflanzungsmedizin:**

Die Samenspende für lesbische Frauen schafft im Sinne von Art. 8 der Bundesverfassung eine Diskriminierung zwischen lesbischen und schwulen Paaren. Um diese Diskriminierung zu beseitigen, müssten die Eizellenspende und später auch die fragwürdige Leihmutterschaft für homosexuelle Männer legalisiert werden.

ROMAN RUTZ,  
 GENERALSEKRETÄR EVP CH  
[roman.rutz@evppev.ch](mailto:roman.rutz@evppev.ch)

# PARTEIVORSTAND NOMINIERT LILIAN STUDER ALS NEUE PARTEIPRÄSIDENTIN

2021 stehen Neuwahlen für den Parteivorstand an. Nicht alle Vorstandsmitglieder treten zur Wiederwahl an. Auch das Amt an der Spitze unserer Partei ist neu zu besetzen, da Marianne Streiff bereits letzten Sommer ihren Rücktritt als Parteipräsidentin angekündigt hatte. Lilian Studer hat sich bereit erklärt, die Führung der Partei zu übernehmen und wurde im Februar vom Parteivorstand zu Händen der Delegiertenversammlung nominiert. Auch die Jahresziele 2021 versprechen ein ereignisreiches Jahr.



Rücktritt nach 7 erfolgreichen Präsidentschaftsjahren: Marianne Streiff

2017 hatte sich die EVP Schweiz neu strukturiert und dabei den heute amtierenden Parteivorstand eingesetzt. Nun endet dessen Amtsdauer offiziell im März 2021 und das letzte Jahr hatte es noch einmal so richtig in sich. Wegen der Covid-19-Pandemie mussten die Sitzungen von heute auf morgen plötzlich virtuell stattfinden. Da Delegiertenversammlungen abgesagt werden mussten, waren plötzlich Abstimmungsparolen zu fassen. Und auch die Weichen für die künftige strategische Entwicklung der Partei mussten gestellt werden.

### Rücktritte und Neuwahlen

Am Beginn einer neuen Amtsdauer stehen oft Neuwahlen, so auch bei der EVP. Marianne Streiff hatte nach sieben Jahren an der Spitze der Partei bereits im letzten Sommer ihren Rücktritt als Präsidentin angekündigt. Sie bleibt als Nationalrätin aber weiterhin Teil des Parteivorstands. Zwei weitere Mitglieder des Parteivorstands, Christine Schnegg aus dem Kanton Bern und Hansjörg Haller aus dem Thurgau treten nicht für eine weitere Amtsdauer an.

Mit grosser Freude hat der amtierende Parteivorstand an seiner Sit-

zung im Februar unsere Nationalrätin Lilian Studer, AG, zu Händen der Delegiertenversammlung als neue Parteipräsidentin nominiert. Die Neuwahlen für Präsidium und Parteivorstand werden aufgrund der Covid-19-Pandemie voraussichtlich an der für 19. Juni geplanten Delegiertenversammlung durchgeführt. Lilian Studer ist seit Dezember 2019 Nationalrätin und war zuvor 17 Jahre Grossrätin im Kanton Aargau. Präsidentschaftserfahrung bringt sie zudem als Gründungspräsidentin der \*jev Schweiz mit (2004-2009). Für eine kleine Partei wie die EVP ist es besonders wichtig, dass ein Mitglied des Nationalrates als Präsident/in amtiert, da der «direkte Draht» ins Bundeshaus und zu Journalisten im politischen Tagesgeschäft eminent wichtig ist.

### Ambitionierte Ziele für 2021

Auch fürs 2021 hat sich die EVP wieder viel vorgenommen und sich ambitionierte Ziele gesetzt. Nachdem die kantonalen Wahlen 2020 für die EVP äusserst erfolgreich verliefen (+6 Sitze!), sind 2021 lediglich im Kanton Solothurn Wahlen, wo es darum geht, mindestens den einen Sitz zu halten. Erste Gehversuche im Kanton



Bereit, die Führung zu übernehmen und nominiert: Lilian Studer

Zug sollen zudem gestartet werden. Hochbetrieb herrscht hingegen in der politischen Mitte und hier gilt es für die EVP, nach der konsolidierenden Parteienfusion von CVP und BDP zur Partei «Die Mitte», den eigenen Platz zu behaupten und sich gerade in christlichen Wählersegmenten als die Partei zu positionieren, die sich schon mit ihrem Namen zu christlichen Grundsätzen bekennt. Dabei sollen insbesondere auch Online-Kanäle weiter vermehrt genutzt werden, um christliche Wählergruppen zu erreichen und einzubinden.

### Schwerpunkt Ausbeutung

Thematisch möchte der Parteivorstand das Thema «Ausbeutung und Menschenhandel» weiter vorantreiben und insbesondere das «nordische Modell» weiter bearbeiten. Dazu ist auch ein eigener Fokustag geplant.

**ROMAN RUTZ,**  
**GENERALSEKRETÄR EVP**  
**SCHWEIZ**  
[roman.rutz@evppev.ch](mailto:roman.rutz@evppev.ch)

**PROSPERITA** Die christlich-ethische Pensionskasse

 Michele Moser Kognature AG	 Marco Fuhrer Lunn & Künzli AG	 Jaermin Hirsohi Christliche Schule Bem	 Roman Rutz Evangelische Werkstatt (EVT)
---	---	---	--

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

[www.prosperita.ch](http://www.prosperita.ch)

Fotos: Rebekka Suter

Anzeige